

Frank Fischer

Die Agenda der Elite Amerikanische Think Tanks und die Strategien der Politikberatung

Allenthalben wird gegenwärtig über die »Informationsgesellschaft« und das »Zeitalter der Experten« gesprochen. Die Rolle der wissenschaftlichen Beratung staatlicher Politik fand bisher freilich kaum jene Aufmerksamkeit, die sie verdient. Es gibt erstaunlich wenige kritische Studien zur politischen Bedeutung der professionellen Politikberater und ihrer Organisationen in den gegenwärtigen demokratischen Systemen. Die vorliegenden Arbeiten sind meist zwei konkurrierenden analytischen Traditionen zuzuordnen, der Pluralismustheorie mit ihrem Konzept der repräsentativen staatlichen Machtausübung und der technokratiethoretischen Kritik moderner Strategien der Entscheidungsfindung. Mögen sie nun in der einen oder anderen Tradition stehen, die jeweiligen Studien sind meistens recht problematisch.

Die Pluralismustheorie mit ihrem Konzept repräsentativer Machtausübung ist immer noch der herrschende Ansatz; sie steht für die Lehrbuchweisheiten der amerikanischen Politikwissenschaft. Ihr wird häufig vorgeworfen, daß sie das Wechselspiel konkurrierender politischer Kräfte im Rahmen staatlicher Machtausübung überbewerte und dessen Auswirkungen auf die politische Repräsentation generell falsch einschätze. Aus der Sicht der Pluralismustheorie liefern Experten im wesentlichen Beratungsleistungen in Fragen der Effizienz und Effektivität des Einsatzes alternativer Mittel für vorgegebene Ziele. Die eigentliche Formulierung politischer Ziele werde den formell gewählten oder ernannten politischen Entscheidungsträgern überlassen (Benveniste 1972).

Die Theorie technokratischer Politikberatung stellt diese Position weitgehend in Frage. Als Varianten der Elitetheorie gehen technokratiethoretische Deutungen der amerikanischen Politik von einem Prozeß der Entscheidungsfindung aus, der von technisch ausgebildeten Wissenseliten und einem technischen Modell der Problemlösung beherrscht wird. Politische Ziele würden dabei meist in technisch definierte administrative Mittel umformuliert. Zwar ist dieser technokratiethoretische Ansatz nicht problemlos, er formuliert aber immerhin einige grundsätzliche Fragen, die für eine

kritische Untersuchung der Rolle von Experten von Bedeutung sind. Im folgenden wenden wir uns diesen Fragen zu.

Technokratie und neue Klasse

Der technokratiethoretische Ansatz in der Politikwissenschaft wurde am energischsten in den USA entwickelt, und zwar zu Zeiten des Vietnamkriegs, als die an der Macht befindlichen Demokraten innenpolitisch ihr Konzept der »Great Society« verfolgten. Kritiker dieser Epoche, vor allem seitens der radikalen Linken, verwiesen auf die tiefliegenden politischen Probleme des korporatistischen Wohlfahrtsstaats und der zugehörigen Ideologie einer Steuerung durch Experten. Die Linke räumte damals ihrem Argwohn gegenüber der Rolle von Experten und Intellektuellen einen zentralen Platz in ihrer Gesellschaftskritik ein. Management- und Politikexperten wurden als »technische Intelligenz« betrachtet, die weit mehr als rein technische Dienstleistungen für die Politiker lieferten, wie die gängigen Analysen behaupteten. Autoren wie Gouldner (1970), Chomsky (1971) und Gross (1980) betrachteten die Management- und Politikexperten vielmehr als die eigentlich treibenden Kräfte im politischen Prozeß. Sie wären eine neue technokratische Klasse im Kampf um die politische Macht.

Die Linke blieb mit ihrer Kritik an der technokratisch dominierten Politik nicht allein. Ausgesprochen interessant war die Tatsache, daß etwa ein Jahrzehnt später (und bis weit in die achtziger Jahre hinein) auffällig ähnliche Töne von der politischen Rechten zu vernehmen waren, besonders von den sogenannten Neokonservativen, die sich weitgehend aus enttäuschten Liberalen der Great Society rekrutierten (Steinfels 1979). Neokonservative wie Kristol (1979), Banfield (1980) und Beer (1978) äußerten sich tief besorgt über den Gebrauch (oder Mißbrauch) der Sozialwissenschaften in der Ära der Great Society. Sie blieben weitgehend den Glaubenssätzen der traditionellen Pluralismustheorie treu und sahen in den Politikberatungsexperten eine ernste Gefahr für die Zukunft der repräsentativen Demokratie. Obwohl sie sich von den Linken distanzieren, sprachen auch sie von einem aufkommenden technokratischen Regierungssystem, das von der »neuen Klasse« der technischen Intelligenz beherrscht würde. Beer ging sogar so weit, dieses Phänomen als »technokratische Machtübernahme« zu bezeichnen. Während die Vorstellung, eine neue Klasse werde die Macht im politischen System »übernehmen«, auf den ersten Blick kaum ernst zu nehmen ist, erzielte das Argument doch beträchtliche Wirkung: es trug nämlich dazu bei, Ronald Reagan ins Weiße Haus zu bringen.

Was kann man mit diesen Argumenten anfangen? An und für sich sagen uns die Begriffe Technokratie und neue Klasse sehr wenig über die tatsächliche Rolle der Experten im politischen Entscheidungsprozeß oder

über die Konflikte, welche diese Rolle geprägt haben. Das Problem geht im wesentlichen auf ideologische Überfrachtung zurück. Allzu häufig diente eine »technokratische Klasse« als Sündenbock, dem man entweder die Verhinderung des ungehemmten Kapitalismus (so die politische Rechte) oder des demokratischen Sozialismus (so die Linke) anlasten konnte. Um von solchen Abstraktionen wegzukommen und zu einem konkreteren Begriff des Phänomens zu gelangen, werden im nächsten Abschnitt die Ursprünge der neuen Rolle der politischen Experten in den politischen Strategien der früheren demokratischen Regierungen lokalisiert, insbesondere in Johnsons Konzept der »Great Society«.

Die »Great Society« als technokratisches Paradigma

Die Great Society wird meist als das politische Phänomen betrachtet, das die zeitgenössische Kritik am Expertentum eigentlich entfachte. Zur damaligen Zeit wurde die These vom »Ende der Ideologie«, die Bell einige Jahre zuvor aufgestellt hatte, mehr oder weniger ernst genommen (Waxman 1968), und es wurden technokratische, »apolitische« Ansätze ins Spiel gebracht (Straussman 1978). Zu den wichtigsten gehörten Experimente mit keynesianisch begründeten Steuersenkungen, die reale Fortschritte im Sinne einer wissenschaftlichen Lenkung der Wirtschaftstätigkeit zu markieren schienen. Dies galt auch für systemtheoretisch begründete und durch Kosten-Nutzen-Analysen ergänzte Techniken zur Planung, Programmierung und Entscheidungsfindung in sozialen Systemen, die in den Bundesbehörden eingesetzt wurden. Kein Wunder, daß die Ökonomen damals vom Magazin *Time* als »neue Priesterkaste« bezeichnet wurden.

Während dieser ganzen Zeit prägten die Beiträge politikwissenschaftlich orientierter Intellektueller und die Verfahren der Sozialwissenschaften die Entwicklung und Umsetzung der liberalen politischen Agenda. Diese neuen Intellektuellen, als »treibende Kräfte« der Great Society bezeichnet, arbeiteten Hand in Hand mit den politischen Führern im Weißen Haus und im Kongreß. Forschungsinstitutionen und akademische Zeitschriften feierten diese »Professionalisierung des Reformprozesses« (Moynihan 1965). Darüber hinaus wurde die Politikforschung zu einer Wachstumsbranche für Think Tanks, Universitätsinstitute und Managementberatungsfirmen. Diese Professionalisierung der Reformstrategien setzte auch einen Prozeß in Gang, der die wichtigsten Forschungsuniversitäten, Regierungsbehörden und Washingtoner Think Tanks, vor allem die Brookings Institution, miteinander verband.

Doch einmal abgesehen von den vielen Ökonomen und Sozialwissenschaftlern, die sich in Washington tummelten: Wie genau veränderte sich nun der politische Entscheidungsprozeß? Innerhalb des damaligen libera-

len Reformverfahrens lassen sich im wesentlichen fünf Stufen ausmachen (Karl 1975). Die erste Stufe ist die Berufung einer vorwiegend aus Sozialwissenschaftlern bestehenden Expertengruppe durch einen reformorientierten Präsidenten. Die Experten verbringen ihre Zeit dann damit, ein soziales Problem zu umreißen und die Notwendigkeit bestimmter politischer Reformen zu verkünden. Dann tritt eine größere Gruppe von Journalisten, Leitern von Wohlfahrtsorganisationen und führenden Wirtschaftsvertretern zusammen, um das Problem zu diskutieren. In dieser Phase besteht das Ziel darin, einen Konsens zu entwickeln und die Reformkoalition zu verbreitern. Nach diesen Abstimmungen wird eine Studie angefertigt, die alle Annahmen, Informationen und Interpretationen enthält, auf deren Grundlage das Reformprogramm entwickelt und umgesetzt werden soll. Schließlich wird der Bericht mit beträchtlichem Werbeaufwand als Reformagenda in die Öffentlichkeit getragen, vor allem über das Büro des Präsidenten und die Massenmedien.

Oberflächlich betrachtet, scheint dieses Muster mit der gängigen Vorstellung von der Rolle der politikwissenschaftlichen Experten (nämlich die politische Spitze mit Informationen zu versorgen) in Einklang zu stehen. Sieht man aber näher hin, zeigt die spezifische Dynamik dieses Reformverfahrens, daß ihnen viel größeres Gewicht bei der Bestimmung der politischen Agenda zugemessen wird, als das Modell auf den ersten Blick vermuten läßt. Ihre zentrale Rolle in der Reformpolitik bietet den Politikexperten tatsächlich ganz handfeste Möglichkeiten, den Gang der politischen Ereignisse zu beeinflussen.

Die technische Rahmung der politischen Wirklichkeit

Den gängigen Analysen der repräsentativen Demokratie zufolge prägen vor allem die Forderungen und Kämpfe konkurrierender politischer Parteien und Interessengruppen die Produktion politischer Entscheidungen. In scharfem Gegensatz dazu haben sowohl radikale als auch neokonservative Autoren inzwischen damit begonnen, einen Prozeß zu beschreiben, in dem die politische Spitze und ihre Experten zusehends unabhängig von öffentlichem Druck agieren. Sie zeichnen das Bild eines technokratischen, von Eliten dominierten politischen Diskurses sowie eines Entscheidungsprozesses, der in wesentlichen Aspekten von der Öffentlichkeit, von Interessengruppen und politischen Parteien abgetrennt ist (Fischer 1990, 153ff). Innerhalb der oben beschriebenen liberalen Reformstrategie wurden zwei Quellen der technokratischen Einflußnahme ausgemacht. Zum einen geht es um die Beförderung von Experten auf wichtige Positionen in der Entscheidungshierarchie, zum andern um den Charakter ihrer Entscheidungsverfahren. Was den ersten Punkt betrifft, so ist das Ausmaß der tatsächlichen Ent-

scheidungsbefugnis dieser neuen Elite noch umstritten. Allerdings muß man nicht unbedingt die These von einer neuen Klasse teilen, um festzustellen, daß die Experten sowohl bei der Entwicklung von Johnsons »War on Poverty«-Programm wie auch bei dessen Umsetzung eine zentrale Rolle spielten. Doch auf welche Weise kam diese Macht zur Geltung? Wie hat das technokratische Entscheidungsverfahren seine einflußreiche Rolle in diesem Prozeß gespielt? Die Neokonservativen versuchen, die spezifische Dynamik dingfest zu machen, die der liberalen Politikberatung ihren unterschwelligen, in ihren Augen jedoch zusehends negativen Einfluß geradezu garantierte, und konzentrieren sich dabei auf die Rolle der Experten bei der Definition von Problemen. Es handele sich hier um mehr als nur eine analytische Tätigkeit. Vielmehr gehe es darum, Probleme - etwa die Armut - ins politische Bewußtsein zu heben, denen ansonsten von den Politikern und der Öffentlichkeit wenig Aufmerksamkeit geschenkt würde (Lane 1966, 662). Die Erstellung von Analysen sei an und für sich schon eine wichtige politische Funktion. Wenn sie allerdings explizit in eine politische Strategie wie etwa das Reformverfahren eingebunden werde, könne sie eine noch machtvollere und direkte Form der politischen Einflußnahme darstellen. Die Tatsache, daß Experten den Leuten sagen, daß ein bestimmtes Problem existiert, bewirke ein »gesellschaftliches Ungleichgewicht«, das wiederum von den Politikern in die Forderung nach Maßnahmen zur Abhilfe umgemünzt werden könne. Und in der Tat, das liberale Reformverfahren funktionierte auf genau diese Weise.

Dank dieses eigentümlichen politischen Mechanismus wurden die Experten fast zu einem unabhängigen Faktor des sozialen Wandels. Zuweilen waren sie buchstäblich die »treibende Kraft« hinter der staatlichen Politik. Die technokratischen Verfahren der Problemdefinition, die politikorientierte Sozialwissenschaftler einzusetzen pflegen, machten den gesamten Vorgang in den Augen der Radikalen und der Neokonservativen besonders anstößig. Sozialwissenschaftler litten aufgrund ihrer szientistischen Ideologien unter einer technokratischen Sichtweise der Gesellschaft, welche die politische Realität verzerre. Den Idealen der wissenschaftlichen Rationalität und technischen Effizienz verpflichtet, neigten sie dazu, im politischen System allenthalben Fehler zu finden (Banfield 1980).

Gemessen an den Idealen technischer Rationalität scheint in der politischen Welt nichts richtig zu funktionieren. In allen Bereichen des Systems, das als träge, ineffektiv und ineffizient beschrieben wird, scheint es politische Probleme en masse zu geben. Doch in der Wirklichkeit der politischen Welt, so die Kritiker dieser Auffassung, sei es unangebracht, politische Probleme mit wissenschaftlichen Kriterien zu definieren, die dem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext fremd seien. Solche Probleme müßten durch die politischen Akteure selbst bestimmt werden. Ein »politisches«

Problem existiere nur dann, wenn politische Gruppen dies behaupteten (Kristol 1979). Diesen Kritikern des Technokratismus zufolge pflegen die liberalen Sozialwissenschaftler Phänomene zu beleuchten, die man eher als gesellschaftliche »Zustände« denn als eigentlich politische »Probleme« bezeichnen sollte. Die Erkenntnis eines gesellschaftlichen Zustands wie etwa der Armut sei aber nicht schon an sich ein Grund zum Handeln.

Politische Experten - besonders Technokraten - würden sich also unsinnigerweise damit beschäftigen, Fehler aufzuspüren, wo es nicht unbedingt welche gebe. Dies sei eine opportunistische Strategie der Erzeugung politischer Rhetorik, die wiederum in Wahlprogramme übersetzt werden könnte, was die Regierungen der Demokraten in ausgeklügelter und erfolgreicher Weise praktiziert hätten. Aus neokonservativer Sicht ist diese Methode der politischen Arbeit jedoch nichts anderes als eine Form des »metaphysischen Wahnsinns« (Banfield 1980).

Die neuen politischen Think Tanks

Wenn wir uns nun statt der neokonservativen *Theorie* die von ihr mitgeprägte politische *Praxis* der Konservativen anschauen, stoßen wir wiederum auf ein Phänomen, das nicht so recht zu den Verfahren der repräsentativen Demokratie passen will. Wir stellen nämlich fest, daß sich eine Praxis herausbildete, die einer konservativen Version der gesellschaftlichen Reformstrategie bemerkenswert nahe kam.

Hinsichtlich der politikorientierten Sozialwissenschaftler begannen sich konservative politische Initiativen in den siebziger Jahren neu zu orientieren. In der Vergangenheit war die traditionelle Antwort der Konservativen auf die liberalen Politikexperten, wenn nicht auf Intellektuelle überhaupt, direkt und kompromißlos gewesen: Sie sollten so schnell wie möglich zum interesselosen akademischen Leben zurückkehren. Die Konservativen versuchten, die liberalen Sozialwissenschaftler mitsamt ihren Konzepten (die üblicherweise als sozialistisch bezeichnet wurden) zu diskreditieren, indem sie sie als praktisch unerfahren, machthungrig und elitär darstellten. Geeigneter für die Tätigkeit der Politikberatung seien Rechtsanwälte und Geschäftsleute, die täglich mit den praktischen Schwierigkeiten von Politik und Wirtschaft zu tun hätten und die wirklichen Sorgen und Nöte der Gesellschaft besser kennen würden.

In den siebziger Jahren freilich änderte sich die politische Einstellung der Konservativen. Die einflußreichen konservativen Politiker und Wirtschaftsvertreter folgten dem Rat der neokonservativen Intellektuellen und machten sich daran, die strategischen Bande zwischen liberaler Reformpolitik und Expertentätigkeit zu kappen. Anstatt Experten und Intellektuelle schlicht als Akademiker auf dem Holzweg abzutun, begannen führende

Vertreter der Konservativen die Bedeutung des »Kriegs der Ideen« zu erkennen und ihren eigenen - oftmals vergessenen - konservativen Brüdern unter den Intellektuellen die Hand zu reichen, besonders jenen im akademischen Bereich (Blumenthal 1986). Kurz, sie riefen zur Bildung einer »konservativen Gegenintelligenz« auf (Simon 1979).

In dem Bemühen, die liberalen Politikexperten mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen, versuchte man nun selbst, die Arbeit der Berater zu politisieren. Wesentliche Voraussetzung dieses Unternehmens war, daß sich die konservativen Wirtschaftsführer aktiv daran beteiligten, was sie bisher weitgehend vermieden hatten. Insbesondere mußten Schritte unternommen werden, um einen funktionierenden politischen Austausch zwischen den führenden Wirtschaftsvertretern und den verschiedenen Zirkeln der konservativen Experten herzustellen. Von entscheidender Bedeutung war, daß hochrangige Wirtschaftsleute aufgefordert wurden, in konservativ orientierte Forschungs- und Bildungsprojekte zu investieren. Und das taten sie. Während der gesamten siebziger und achtziger Jahre finanzierten Wirtschaftseliten die Entwicklung eines Multimillionen-Dollar-Netzwerks aus konservativen Think Tanks, Forschungszentren, Bildungsprogrammen und Lehrstühlen an den großen Universitäten (Saloma 1984). Zentrales Element dieser Kampagne war eine dramatische Expansion dieser konservativen Think Tanks - durch die Neubelebung der alten dank massiver Geldspritzen und durch Neugründungen.

Diese Think Tanks sollten im wesentlichen zwei Funktionen erfüllen. Zum einen sollten sie einen regelmäßigeren Austausch zwischen konservativen Vertretern von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft gewährleisten. Und zum zweiten sollten sie über diesen Austausch die Agenda der konservativen Politik bestimmen. Das größte strategische Gewicht hatten dabei das American Enterprise Institute for Public Policy, die Hoover Institution, die Heritage Foundation und das Cato Institute. Während einst die Brookings Institution die demokratischen Regierungen mit Beratern und Expertisen versorgte - sie wurde später als die »Great Society im Exil« bezeichnet - wurden die neuen konservativen Think Tanks nun zu ihrem Gegenstück auf seiten der republikanischen Regierungen (Peschek 1987).

Als politisches Fundament der Gegenstrategie bewirkten sie eine beispiellose Politisierung der Expertentätigkeit. Das Ergebnis ähnelte in etwa der liberalen Reformstrategie, nur diesmal in konservativem Gewand. Nun institutionalisierten auch die Neokonservativen ihre Reformstrategie, wobei es jedoch einige wichtige Unterschiede gab. Eben jenes Phänomen, das die Konservativen einst beklagten, nahm nun, in konservativen Beratungsinstitutionen, eine viel konzentriertere und ausgeprägtere politische Gestalt an. Betrachten wir die Rolle dieser Organisationen anhand des oben vorgestellten Fünf-Stufen-Modells.

In erster Linie stellen konservative Think Tanks eine formelle Vereinigung von politischen Experten dar, die damit beschäftigt sind, ein politisches Problem zu definieren, politische Alternativen zu entwerfen und deren Folgen zu erforschen. Gleichzeitig handelt es sich um Institutionen, die darauf angelegt sind, wirtschaftliche und politische Eliten (aus Unternehmen, Wohlfahrtsorganisationen und öffentlichem Sektor) zusammenzubringen und durch Gespräche Konsens in Fragen der Regierungspolitik herzustellen. Schließlich sind sie darauf ausgerichtet, über eine ganze Reihe von Kanälen ihre politischen Vorstellungen in die Öffentlichkeit zu tragen: über Informationsbüros und Pressebeauftragte, durch die Verbreitung von Büchern, Artikeln und Pamphleten, durch Konferenzen und Vorlesungen, neue Dienstleistungen, Radioprogramme und Sprecherbüros.

Hier sind alle Elemente des Reformverfahrens der früheren progressiven oder liberalen Regierungen versammelt, mit einem entscheidenden Unterschied. Während für die Demokraten der Schnittpunkt dieser Aktivitäten das Weiße Haus war (wobei häufig der Rat angesehener Think Tanks herangezogen wurde), hat sich der Koordinations- und Entscheidungsschwerpunkt inzwischen zugunsten der auf Dauer eingestellten Arbeit der konservativen Planungsinstitute selbst verlagert. Die Formulierung der »Reformagenda« findet nun weitgehend außerhalb der eigentlichen demokratischen Institutionen statt.

Mit der Entfaltung der konservativen Strategie änderte sich auch die Haltung gegenüber der Politikberatung grundlegend. In den Jahrzehnten zuvor vermieden Organisationen wie die Brookings Institution, das Council of Foreign Affairs und das Committee for Economic Development jeden Hinweis darauf, daß sie eine politische Rolle innehatten. Sie arbeiteten weitgehend unter einem sorgsam gehüteten Schleier der »Unparteilichkeit« und stellten sich dar als Teil eines »good government movement«, eine Art Qualitätssicherung der Politik, die faktenrächtige, objektive Informationen und Analysen zu politischen Themen liefern wollte (Smith 1989). Diese Organisationen verwahrten sich explizit gegen jede Parteinahme und umgingen sorgfältig alles, was auch nur andeutungsweise auf eine politische Funktion schließen ließ. Im Gegensatz dazu haben die heutigen konservativen Think Tanks diesen Anspruch der Unparteilichkeit aufgeweicht und in manchen Fällen vollständig fallengelassen. So begannen viele ihrer Politikexperten in einem unverblümt konfrontativen Stil aufzutreten und ihre politischen Neigungen klar zum Ausdruck zu bringen (Landers 1986). Manche charakterisieren ihre Rolle sogar als die eines »Söldners«.

Obwohl sich der wesentliche Impetus dieses politisch expliziten, konfrontativen Stils dem veränderten politischen Klima der siebziger und achtziger Jahre verdankte, taten die konservativen Sozialwissenschaftler das ihre, um diesen Wandel zu erleichtern: Sie stellten eine Reihe von fachwissen-

schaftlichen Überlegungen an, mit denen sie ihrer »Politik der Beratung« ein gewisses Maß an intellektueller Redlichkeit verliehen. In den Vordergrund rückten die wachsende Komplexität der ökonomischen und sozialen Probleme, mit denen man es zu tun hatte, die Begrenztheit der verfügbaren Daten und die Unzulänglichkeiten der Forschungsverfahren, mit denen die Probleme analysiert werden sollten. Für liberale Politikforscher der Great Society war die Lösung dieser Probleme offenbar weitgehend eine Frage von Engagement und Ressourcen. Ab Ende der siebziger Jahre allerdings sah eine vorsichtiger gewordene Generation von Politikern und Sozialwissenschaftlern nur noch Komplexitäten und nichtintendierte Handlungsfolgen (Aaron 1978).

Angesichts solcher Komplexität fiel die Einsicht leicht, daß eine bestimmte Menge von Fakten zumindest argumentativ mit unterschiedlichen Theorien kompatibel gemacht werden konnte. Darüberhinaus war es oft unmöglich oder übermäßig teuer, die notwendigen Daten in die Hand zu bekommen, um falsche Behauptungen erkennen und verwerfen zu können. Im Kontext dieses stark interpretativen Charakters politischer Beratung hing die Annehmbarkeit bestimmter politischer Vorschläge zusehends von der jeweils herrschenden politischen Stimmung, dem Prestige des Vortragenden und der Überzeugungskraft der Argumentation ab. Die Politikberatung klang in der Tat immer mehr wie eine politische Debatte und nicht mehr wie der wissenschaftlich fundierte Diskurs, der sie lange zu sein behauptete. Statt sich an Objektivität und Wahrheit zu orientieren, stellte die Praxis der Politikanalyse nun viel offener eine Kombination aus ideologischer Benebelung und politischer Überzeugungsarbeit dar.

Die Rückkehr der Demokraten und das Progressive Policy Institute

Was diese Entwicklung langfristig bedeutete, zeigte sich klar in den neunziger Jahren, besonders im Hinblick auf die Rückkehr der Demokratischen Partei an die Macht. Obwohl der Einsatz politischer Experten ursprünglich eine Strategie der Demokraten war, wurde sie unter Clinton neu gestaltet, um auf die von den Konservativen betriebene Politisierung der Think-Tank-Expertisen zu antworten. Hier war die Gründung des Progressive Policy Institute durch die Demokraten von entscheidender Bedeutung. Das Institut wurde in den Achtzigern als Denkfabrik des Democratic Leadership Council aufgebaut, um den ideologischen Erfolgen der Republikaner entgegenzuwirken. Die explizite Funktion des Instituts ist es, führende Akademiker, politische Intellektuelle, einflußreiche Medienleute und Vertreter der Partei zusammenzubringen, um eine alternative politische Strategie und Agenda auszuarbeiten, die den Bedürfnissen der Partei entsprechen sollte. Unter diesem Aspekt spielen die Berater des Instituts eine ganz

andere Rolle als die früher mit der Partei verbundenen Vertreter dieser Profession. Während die Brookings-Leute in der Regel noch versuchten, der Öffentlichkeit glaubhaft zu machen, es gehe ihnen um »gute Regierungsarbeit« und das »Allgemeininteresse«, entwickeln und vertreten die Berater des Progressive Policy Institute spezifische Parteipositionen, die über die Zeitschrift des Instituts, verschiedene andere Publikationen, Parteiversammlungen und Konferenzen in die Öffentlichkeit getragen werden. Diese Arbeit geschieht weitgehend unabhängig von den Funktionärrängen der Partei.

Nach zwölf Jahren republikanischer Präsidentschaft bestand die Aufgabe des Instituts darin zu klären, wie dem finanziell gut ausgestatteten, streng koordinierten und mediengängigen ideologischen Apparat der Republikaner zu begegnen sei. Während die republikanischen Regierungen zwar kaum politische Erfolge zu verzeichnen hatten - die meisten ihrer großen innenpolitischen Initiativen sind gescheitert - war der Reaganismus ein verblüffender *ideologischer* Erfolg. Der Regierung und ihren Beratern gelang es immerhin, den politischen Diskurs in den Vereinigten Staaten auf Dauer umzugestalten. Die Regierung wurde als »das Problem, nicht die Lösung« erfolgreich neu beschrieben, und die liberale Begrifflichkeit des öffentlichen Interesses und der sozialen Gerechtigkeit wurde durch eine unternehmensorientierte Kosten-Nutzen-Rhetorik ersetzt. Außerdem gelang es den Strategen der Republikaner derart gründlich, die Demokratische Partei als Verkörperung dieser »veralteten« Denkweisen darzustellen, daß die Partei ernste Probleme mit ihrer Glaubwürdigkeit bekam. In den Augen eines großen Teils der Öffentlichkeit stehen die Demokraten in nuce für all das, was an der amerikanischen Politik falsch ist, vor allem für »Big Government« und Wohlfahrtsstaat. Diesem von den Konservativen entfachten »Krieg der Ideen« wollte man mit deren eigenen Mitteln antworten, und in diesem Sinne besteht die Aufgabe des Progressive Policy Institute darin, die Partei programmatisch an den neuen, nach »Mitte rechts« ausgerichteten Mainstream des politischen Denkens in Amerika anzupassen. In seiner Publikation *Mandate for Change* (1990) erklärt das Institut die Notwendigkeit, der Partei ein neues Image zu verschaffen. Die Antwort war das Konzept des »New Democrat«.

Dieser Programmwurf stellte die Auffassungen der gemäßigten und konservativen Eliten der Partei dar und war gleichermaßen ein Angriff gegen den linksliberalen Flügel der Partei wie gegen die Republikaner. Das Konzept des »New Democrat«, durchbuchstabiert in *The Politics of Evasion* von William Galston und Elaine Kamarck (1989), stellt den Versuch dar, eine gemäßigt progressive politische Agenda mit einem konservativen, nichtbürokratischen Ansatz für die Regierungsarbeit zu verbinden, der auf den neuen Werten des Mainstream beruhte. Wesentlich für das Programm

war die Übernahme eines Arguments der Republikaner, wonach die »tax and spend«-Philosophie des »linksliberal-fundamentalistischen Flügels« der Demokratischen Partei den Interessen und Werten amerikanischer Durchschnittsfamilien zuwiderlief. Konkret bedeutete dies, daß die Partei gegenüber den Gewerkschaften und Jesse Jacksons »Regenbogenkoalition« auf Distanz ging, um die Mittelklassen und Freiberufler zurückzuholen, die zu den Republikanern abgewandert waren. Diese Strategie, die als weder liberal noch konservativ charakterisiert wurde, läßt sich am besten als eine freundlichere Version des neoliberalen Programms zum Umbau der Gesellschaft bezeichnen, das von den Konservativen auf den Weg gebracht wurde. Wert legte man besonders auf die Gesundheitsfürsorge, die berufliche Fortbildung und die Reform des Pensionssystems, in der Absicht, den Berufstätigen zu helfen, sich an die neue, marktorientierte, multinationale Weltgesellschaft anzupassen. Die Autoren des Programms wenden sich vom »Big Government« und vom Wohlfahrtsstaat ab und setzen auf eine Strategie der »Neugestaltung« der Regierungsfunktionen. Die Aufgabe bestehe darin, die Regierung nicht mehr als einen zentralen Dienstleister in Anspruch zu nehmen, sondern als verschlankten zielgenau arbeitenden Funktionsgehilfen für die Initiativen, die von Einzelstaaten, lokalen Einheiten und den Bürgern ausgehen. Zwar stieß diese Ideologie des »New Democrat« später auf heftige Kritik der linksliberalen Demokraten und konservativen Republikaner, doch spielte sie in der erfolgreichen Wahlkampagne Clintons eine tragende Rolle.

Wie seine Vorläufer diente auch das Progressive Policy Institute als eine Art Pool, aus dem sich hochrangiges Personal für das Weiße Haus und die Bundesbehörden rekrutierte. So ist es kein Zufall, daß Clinton selbst einst Vorsitzender der Mutterorganisation des Instituts war, des Democratic Leadership Council. Zu den wichtigsten Beratern des Weißen Hauses zählen die Autoren von *The Politics of Evasion*. Galston, ein ehemaliger Professor an der Universität von Maryland, ist der leitende innenpolitische Berater Clintons. Kamarck arbeitet weiterhin als Publizistin und strategische Beraterin für die Regierung.

Zwar erreichte die auf dem »New Democrat« gründende Strategie des Progressive Policy Institute nicht im mindesten die gestalterische Wirkung, die einst von den konservativen Konkurrenten ausging, doch die politische Rolle des Instituts bezeugt die fortwährende Bedeutung der Politikberatung. An diesem Punkt können wir uns der abschließenden Frage zuwenden: Was bedeuten diese Think Tanks und die Politisierung der Beratungstätigkeit allgemein gesehen für die Entwicklung der politischen Agenda in den USA?

Eine elitetheoretische Neuinterpretation der Politik der Think Tanks

Wie zu Beginn vermerkt, wurden die politischen Think Tanks als Beleg für die Triftigkeit der Pluralismustheorie repräsentativer Machtausübung verstanden (Gellner 1990). Doch die obige Analyse legt eine ganz andere Interpretation nahe. Was wir vor uns haben ist eine Reihe von Eliteinstitutionen, die in ihrer Gesamtheit einer kleinen, auserwählten Zahl führender Vertreter von Wirtschaft und Politik einen Mechanismus bieten, mit dessen Hilfe sie eine auf ihre eigenen Interessen und Aktivitäten zugeschnittene Agenda durchsetzen können. Think Tanks verbinden die Informationssysteme des Privatsektors mit politischen Entscheidungsprozessen - vor allem des Weißen Hauses - und versorgen Regierungsvertreter mit allgemeinem politischem Orientierungswissen und spezifischen Politikansätzen. Sie spielen also eine zusehends wichtigere Rolle in der Entwicklung der politischen Agenda, während die offiziellen politischen Entscheidungsträger in der Regierung - der Präsident, der Kongreß und die Bundesbehörden - eine immer weiter nachgeordnete Phase eines komplexen Prozesses der Entscheidungsfindung darstellen. Die eigentliche Regierungstätigkeit mit ihren pluralistischen Aushandlungsprozessen und Kompromißbildungen zwischen verschiedenen Interessengruppen erscheint nunmehr bloß als Spitze eines Eisbergs. In diesem Zusammenhang ist die Erkenntnis wichtig, daß die elitären Think Tanks allmählich ein Vakuum füllen, welches durch das schwindende Gewicht der politischen Parteien im Prozeß der Agendabildung entstanden ist (Blumenthal 1986). Während politische Konzepte traditionellerweise durch die öffentliche Meinung und Parteientscheidungen Eingang in die Agenda fanden, tauchen sie heute in zunehmendem Maße ganz unabhängig von öffentlichen Debatten in den Instituten der Politikberatung auf. Ferguson und Rogers (1986) belegen, in welchem Umfang die politischen Kursänderungen, für die sich konservative Institute während der Reagan-Ära stark machten, unabhängig von Änderungen der öffentlichen Meinung stattfanden.

Was in der pluralistischen Erklärung fehlt, ist die bedeutende Tatsache, daß die politische Agenda, die dem Regierungshandeln zugrunde liegt, zusehends von privaten Eliten geprägt und abgesegnet wird, noch bevor Regierungspolitiker aktiv in diesen Prozeß eingreifen. Gewiß ist der tatsächliche Einfluß der Regierungspolitiker ein vertracktes empirisches Problem, das noch weiterer Forschung bedarf. Auch wenn keine ins einzelne gehenden Befunde vorliegen, läßt sich sagen, daß die Rolle der politischen Planungsinstitute - inzwischen sowohl konservativer wie liberaler Provenienz - zweifellos ein schwerer Schlag für die repräsentative Demokratie wie für die Pluralismustheorie ist. Die Pluralismustheorie für sich genommen ist jedenfalls unzulänglich, davon zeugen die elitären Think Tanks der Gegenwart.

Die Grundlagen für eine überzeugendere Interpretation der Rolle von Think Tanks finden sich in den Elitetheorien von Autoren wie Domhoff (1979, 1987) und Dye (1987). Ihnen zufolge dienen die politischen Think Tanks als zentrale Koordinationsstellen für strukturell gut ausgeprägte politische Netzwerke der Eliten. Die angesehensten Institute wie das AEI und Brookings seien »inoffizielle« Foren für das herrschende Establishment (Spitzenvertreter der Wirtschaft, Bankiers, Universitätspräsidenten, Vorsitzende von Stiftungen, Chefs großer Rechtsanwaltsbüros, einflußreiche Medienleute und ausgewählte Politiker). Diese Think Tanks dienen der »Konsenszielung« der Eliten in Form einer »fortlaufenden« Abstimmung in Fragen staatlicher Politik, welche die politischen Spannungen zwischen liberalen und konservativen Eliten überbrücken solle. Eliten, so führen die Autoren weiter aus, würden die Bedeutung einer Auflösung politischer Differenzen eher privat als öffentlich eingestehen, und die Institute würden als Mechanismen betrachtet, um dieses Ziel zu verwirklichen (Domhoff 1987; Dye 1987).

Während eine solche Analyse der führenden Think Tanks zwar einen bedeutenden Fortschritt gegenüber pluralismustheoretischen Deutungen darstellt, läßt der vorgetragene Ansatz aber vermuten, daß Domhoff und Dye die Fähigkeit der liberalen und konservativen Eliten zur internen Auflösung ihrer politischen Differenzen überschätzen. Jedenfalls fehlt in ihrer Darstellung eine Erklärung für jene Politisierung der Think Tanks, die in den vergangenen Jahren zu verzeichnen war. Da sie sich vor allem auf die Frühzeit der Entwicklung der Think Tanks konzentrieren, machen sie vor den politisch turbulenteren Reagan-Jahren halt. Deshalb scheint ihr Konzept am besten den Phasen der »Normalpolitik« amerikanischer Regierungen zu entsprechen, besonders der Normalpolitik des »Big Government« und des Wohlfahrtsstaates, wie sie über lange Zeit der Demokratischen Partei und den liberalen Republikanern zuzurechnen war.

Während jener reaganistischen Phase fundamentaler politischer Umgestaltung empfanden die Konservativen offenbar die etablierten Think Tanks als nicht geeignet, um ihre Differenzen mit den Mainstream-Liberalen auszutragen. Hingegen schien es erforderlich, diese Think Tanks selbst zu reformieren, was schließlich zu einer stärker nach außen hin sichtbaren Institutionalisierung des Dissenses und zu einer Abkehr von internen Konsensbildungsverfahren führte. Statt politische Auseinandersetzungen vor der Öffentlichkeit abzuschirmen, ist es für Think Tanks heute durchaus normal, politische Differenzen nach außen zu tragen und zu vertreten. Ein wesentlicher Effekt dieser konservativen Herausforderung war, daß sich die traditionellen Think Tanks zur rechten Mitte des politischen Spektrums hin bewegten und damit eine ganze Reihe ernster ideologischer Spannungen reduzierten. Doch die wichtigste Auswirkung war die Institutionalisierung

rung der Konkurrenz zwischen konservativen und liberalen politischen Experten.

Die elitetheoretische Deutung der Think Tanks legt auch einen neuen Ansatz zur Untersuchung der Expertenmacht in diesen Instituten nahe. Während die obige Darstellung kaum die These von einer »Machtübernahme der Technokraten« stützt, eröffnet die Institutionalisierung der Reformstrategie einen neuen Weg für theoretische Überlegungen. Anstatt das Wachstum des Experteneinflusses als unmittelbare Herausforderung der traditionellen politischen Eliten zu betrachten, wie in der Technokratietheorie üblich, sollte man zwei verschiedene Eliten - die politische und die wissenschaftliche - unterscheiden, die verstärkt zusammenarbeiten. Während die Think Tanks als eine Art institutioneller Koordinationsmechanismus funktionieren, wird eine ausgewählte Gruppe ihrer Experten in Arbeitsbeziehungen mit den traditionellen ökonomischen und politischen Eliten eingebunden. Auf diese Weise bildet sich, um mit Wagner (1990) und Hajer (1992) zu sprechen, eine Art politische »Diskurskoalition«.

Fraglos bleiben die traditionellen Eliten die dominanten Partner in solchen Koalitionen. Durch den Umstand, daß diese Institute von Unternehmen und Stiftungen privat finanziert werden, erhalten die traditionellen Wirtschaftseliten (und wirtschaftsorientierten politischen Eliten) direkten Einfluß auf die Prämissen, die deren Forschungsarbeit zugrundeliegen. Darüber hinaus bezieht sich ein großer Teil dieser Forschungen weniger auf die Formulierung von Zielen als vielmehr auf die Wahl alternativer Mittel und Wege, die Ziele der Eliten durchzusetzen. Es dabei bewenden zu lassen hieße allerdings, den beachtlichen Status und die Macht weit zu unterschätzen, die den Wissenseliten durch ihre neuen Beziehungen zuwächst. Diejenigen Sozialwissenschaftler, die auserwählt werden, an der Spitze der Forschungshierarchie zu arbeiten, können in der Tat in vollem Umfang an der Entwicklung von Ideen und Alternativen teilnehmen. Auf dieser Ebene findet eine Art kreatives Spiel statt, bei dem die Experten, oft in der Rolle von »Politikunternehmern«, Lösungen erfinden und als Makler zwischen den konkurrierenden Eliten auftreten können. Dies kann wiederum eine Machtstellung bedeuten, von der aus Diskurse und »Diskurskoalitionen« umgestaltet werden.

Während der letzten 20 Jahre haben Sozialwissenschaftler also offensichtlich ein neues Gewicht im politischen Prozeß gewonnen. Aufgrund der Komplexität der Probleme, mit denen die staatliche Politik heute konfrontiert ist, und auch wegen des Einsatzes von Experten in der Entwicklung von Reformvorhaben, durchdringt die Sozialwissenschaft den traditionellen politischen Diskurs. Unabhängig von der politischen Stärke einer Interessengruppe reicht es für deren Spitzen nicht mehr aus, sich auf die strategische Ausübung ihres politischen Einflusses zu verlassen. Wer seinen

politischen Einfluß erweitern will, muß angesichts des dezentralen Charakters der Macht im politischen System der USA und der Komplexität heutiger politischer Probleme unweigerlich versuchen, seinen politischen Argumenten Aufmerksamkeit zu verschaffen. Neue politische Initiativen müssen heute mit rationalen - oder vorgeblich rationalen - Gründen untermauert werden. Normative Argumente und empirische Belege sind daher zu unverzichtbaren Elementen der politischen Kämpfe geworden, und die Sozialwissenschaften haben sich zu den wichtigsten Lieferanten der notwendigen intellektuellen Munition gemausert (Easterbook 1986). Dies zeigt sich heute allenthalben im zunehmend technischen - und pseudo-technischen - Charakter der politischen Auseinandersetzungen. Die Expertisen von Sozialwissenschaftlern sind zu einem erstrangigen Medium, ja zu einer Art Währung des modernen politischen Diskurses geworden.

Die wachsende Zahl politischer Think Tanks ist eine wesentliche Erscheinungsform dieser Entwicklung. Es gibt heute in den USA mehr als 1000 private, nicht profitorientierte Politikforschungsinstitute (Smith 1990), fast 200 mit Sitz in Washington. Dieser Trend hat sich in den Neunzigern auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene deutlich zugespitzt. Hier spiegelt das Wuchern der Think Tanks vor allem die Bemühungen der Konservativen wider, die Politik aus Washington zurück in die Bundesstaaten und die Gemeinden zu holen. Obwohl diese Entwicklung sowohl im liberalen wie im konservativen Lager stattfindet, übersteigt die Zahl der konservativen Think Tanks auf lokaler Ebene offenbar die der liberalen. Die anhaltende Verbreitung der - vor allem konfrontativen - Think Tanks im gesamten politischen Spektrum zeigt die wachsende Bedeutung dieses neuen Mediums im politischen Diskurs (Hoover 1989). Ohne Zugang zu politischen Expertisen (oder Gegenexpertisen) kann eine Interessengruppe heutzutage kaum am politischen Prozeß teilnehmen, geschweige denn auf effiziente Weise.

Deshalb überrascht es nicht, daß die Eliten um die Gunst der politikorientierten Sozialwissenschaftler konkurrieren. Angesichts der zentralen Rolle ihres Wissens und der technisch geprägten Entscheidungsverfahren wird es für die Eliten zusehends wichtig, die Prozesse der Datensammlung, der Interpretation und Übersetzung in politische Argumente zu kontrollieren. Zwar werden die Entscheidungen selten von technischen Experten allein festgelegt (und sicher nicht im traditionellen Sinne wissenschaftlicher Entscheidungsfindung), doch ihre wertvolle Ware muß sorgfältig gesteuert und kontrolliert werden. Die elitenorientierten Think Tanks stellen den - weitgehend erfolgreichen - Versuch dar, die intellektuellen Dienstleistungen zu organisieren und zu kontrollieren.

Wenden wir uns schließlich der Frage zu, was diese Praktiken für die demokratische staatliche Machtausübung bedeuten. Obwohl die Auswirkungen dieser Politisierung des Expertenwissens in ihrer Gesamtheit noch

nicht deutlich geworden sind, lassen sich schon jetzt einige grobe Umrisslinien ausmachen. Das Verhältnis von Experten und Bürgern wird inzwischen weithin als eine wesentliche Herausforderung für Theorie und Praxis der Demokratie betrachtet. Schon seit Jahren wird in den USA die Rolle der Bürger durch das Wachstum der großen politischen und wirtschaftlichen Institutionen geschwächt. Gegenwärtig hat die wachsende Bedeutung des Expertenwissens und der technischen Einrahmung politischer Fragen die Folge, daß die Bürgerbeteiligung, ein wesentlicher Baustein der demokratischen Regierungsform, noch weiter marginalisiert wird (Fischer 1990).

Sicherlich ist diese Zurückdrängung der Bürgerbeteiligung auch ein strukturelles Merkmal der Komplexitäten heutiger politischer Probleme: Komplexität erfordert Expertenwissen. Doch ist sie zum Teil auch eine Funktion der mystifizierenden technischen Sprachen, die - häufig auch beabsichtigt - jene einschüchtern, die versuchen, sich mit den Experten auseinanderzusetzen. Kurz, wir haben es hier mit einem der entscheidenden Probleme für die Zukunft der Demokratie in der hochtechnisierten »Informationsgesellschaft« zu tun. Jede plausible Theorie der demokratischen Praxis muß auch Vorschläge machen, wie die Mechanismen zu demokratisieren sind, mit denen wissenschaftliche Expertisen und politischer Entscheidungsprozeß verflochten werden. Angesehene Think Tanks, als ein Element dieses Mechanismus, arbeiten heute ganz offensichtlich zugunsten einer elitären und zum Nachteil einer demokratischen Politik. Während die Frage politischer Reformen hier nicht weiter verfolgt werden kann, ist es möglich, zum Abschluß einige Hinweise darauf zu geben, in welcher Richtung Reformen anzusetzen wären.

Ein erster Schritt könnte darin bestehen, auf die Entmystifizierung des technokratischen Expertenwissens zu setzen, die - weitgehend unbeabsichtigt - durch die Politisierung von Expertisen und den damit ausgelösten Prozeß der Gegenargumentation verursacht wurde. Bis vor kurzem noch waren die politikorientierten Sozialwissenschaftler einem positivistischen Verständnis des Wissens und dem lange damit einhergehenden technokratischen, »dezisionistischen« Konzept der politischen Entscheidungsfindung verhaftet. Die neue Betonung von Argumenten und Diskursen öffnet vielleicht den Zugang zu einer ganz anderen Form epistemologischer Orientierung, die auf der konstruktivistischen Konzeption des Wissens (Woolgar 1988) und einem diskursiven Ansatz in der Politikforschung beruht (Fischer 1995).

Ein solcher Ansatz ist für die politikorientierten Sozialwissenschaften nichts neues. Er kommt gegenwärtig in der »postpositivistischen« Orientierung zur Geltung, die in den wissenschaftstheoretischen Debatten der vergangenen zehn Jahre zunehmend Anerkennung gefunden hat. Neu ist die unmittelbarere praktische Bedeutung epistemologischer Fragen, denen der

»Postpositivismus« nachgeht. In Zukunft werden solche Fragen sicher verstärkt von den Rändern der Sozialwissenschaften ins Zentrum der Wissenschaftspolitik rücken.

Eine solche epistemologische Neuorientierung stellt schon an und für sich einen wichtigen Fortschritt dar. Hier steht allerdings mehr als ein theoretisches Problem auf dem Spiel. Der Erfolg postpositivistischen Expertenwissens wird letztlich von politischen und institutionellen Reformen abhängen. Da eine postpositivistische Politikwissenschaft nur unter Beteiligung von Bürgern praktische Bedeutung erlangen kann, wird die Zukunft solcher Expertisen vom Fortschritt des Kampfes um die weitere Demokratisierung des politischen Entscheidungsprozesses bestimmt werden. Die Demokratisierung der politikwissenschaftlichen Expertisenerstellung hängt somit von der schwierigen politischen Aufgabe der Errichtung neuer politischer Institutionen und Foren ab, die eine viel breiteres Spektrum an Bürgerbeteiligung ermöglichen. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung wäre ein Rückgriff auf die partizipatorischen Experimente der siebziger Jahre. Damals wurde eine Reihe von wichtigen Projekten durchgeführt, die Experten und Bürger zusammenbrachten, unter anderem im Verfahren der partizipatorischen Forschung (Fischer 1993). Eine beachtliche Rolle spielten Wissenschaftsbewegungen, die sich am »öffentlichen Interesse« orientierten und entsprechende Zentren, etwa »Wissenschaftsläden« einrichteten (Irwin 1992). Solche Bemühungen liefern genug Belege dafür, daß die Bürger, im Gegensatz zur herrschenden Auffassung, sich auf intelligente Weise mit komplexen politischen Fragen auseinandersetzen können (Peterson 1984). Leider wurden solche Experimente während der Reagan-Ära finanziell und politisch weitgehend ausgetrocknet.

Wo werden die Kräfte für diesen Wandel herkommen? Die Reformen sind Aufgabe einer progressiven Reformregierung. Meist bieten liberale/progressive politische Programme Ansatzpunkte für solche experimentellen Neuerungen. Obwohl eine solche Agenda zweifellos nicht allein zu einer wirklich partizipatorischen Gesellschaft führen kann, würde sie zumindest dazu beitragen, die hier angedeuteten Vorstellungen näher an die vorderste Front der sozialwissenschaftlichen Politikforschung heranzubringen. Zwar sind im Augenblick die politischen Aussichten nicht besonders gut, doch es gibt keinen Grund zur Verzweiflung: In der Politik geht es immer um Hoffnung und Veränderung. Die Zeit ist reif für die Entwicklung einer neuen, progressiven Agenda. Und besonders wichtig ist, daß sich Sozialwissenschaftler an den Universitäten an einer Politik der Gegenexpertise beteiligen. Denn hier werden die Analysen des Wissens und der Diskurse bestätigt und legitimiert, hier nehmen die Probleme der Bildung und des Curriculums eine besondere Bedeutung an für eine demokratische Umgestaltung der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Beratungstätigkeit.

Angesichts der politischen Krise der technokratischen Politik und damit einhergehend der epistemologischen Kritik ihrer Methoden, sind die Ausichten für die Entwicklung einer postpositivistischen Sozialwissenschaft vergleichsweise gut. Noch wichtiger ist, daß hier offenbar ein Weg für eine zukünftige Politikberatung aufgewiesen wird.

Übersetzung aus dem Amerikanischen: Klaus Fritz

Literatur

- Aaron, Henry J. (1978): *Politics and the Professors: The Great Society in Perspective*, Brookings Institution, Washington DC.
- Banfield, Edward (1980): Policy Science as Metaphysical Madness, in: Goodwin, Robert A. (Ed.), *Bureaucrats, Policy Analysts, Statesmen: Who Leads?*, American Enterprise Institute for Public Policy Research, Washington DC.
- Beer, Samuel H. (1978): In Search of a New Public Philosophy, in: King, Anthony (Ed.), *The New American Political System*, American Enterprise Institute for Public Policy Research, Washington DC.
- Benveniste, Guy (1972): *The Politics of Expertise*, Boyd and Fraser, San Francisco.
- Blumenthal, Sydney (1986): *The Rise of the Counter-Establishment*, New York Times Books, New York.
- Chomsky, Noam (1971): *American Power and the New Mandarins*, Vintage, New York.
- Domhoff, William G. (1987): Where Do Government Experts Come From?, in: Domhoff, William; Dye, Thomas (Eds.), *Power Elites and Organizations*, Sage Publications, Beverly Hills.
- Domhoff, William G. (1979): *The Powers That Be*, Vintage, New York.
- Dye, Thomas (1987): Organizing for Policy Planning: The View from the Brookings Institution, in: Domhoff, William; Dye, Thomas (Eds.), *Power Elites and Organizations*, Sage Publications, Beverly Hills, pp. 169-188.
- Dye, Thomas (1978): Oligarchic Tendencies in National Policy-Making: The Role of the Private Policy-Planning Organizations, in: *Journal of Politics*, No. 40, pp. 310-331.
- Dye, Thomas (1976): *Who's Running America?*, Prentice-Hall, Englewood Cliffs.
- Easterbook, Gregg (1986): Ideas Move Nations, in: *The Atlantic Monthly*, January, pp. 66-80.
- Faux, Jeff (1993): The Myth of the New Democrat, in: *The American Prospect*, No. 15, pp. 20-25.
- Ferguson, Thomas; Rogers, Joel (1986): *Right Turn*, Wang and Hill, New York.
- Fischer, Frank (1990): *Technocracy and the Politics of Expertise*, Sage, Newbury Park CA.
- Fischer, Frank (1993): Bürger, Experten und Politik nach dem Nimby-Prinzip: Ein Plädoyer für die partizipatorische Policy-Analyse, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Nr. 24.
- Fischer, Frank (1995): *Evaluating Public Policy*, Nelson-Hall, Chicago.
- Galston, William; Kamarck, Elaine (1989): *The Politics of Evasion*, New Democratic Coalition, Washington.
- Gellner, Winand (1990): *Political Think Tanks: Functions and Perspectives of a Strategic Elite*, Paper presented at the annual meeting of the American Political Science Association, August 30th-September 2nd, San Francisco.
- Gouldner, Alvin W. (1970): *The Coming Crisis of Western Sociology*, Avon, New York.
- Gross, Bertram (1980): *Friendly Facism*, Evans, New York.
- Hajer, Maarten (1992): Discourse Coalitions: The Case of Acid Rain in Great Britain, in: Fischer, Frank; Forester, John (Eds.), *The Argumentative Turn in Policy and Planning*, University College Press, London.
- Hoover, Kenneth (1989): The Changing World of Think Tanks, in: *PS: Political Science and Politics*, No. 22, pp. 563-572.
- Irwin, Alan (1995): *Citizen Science*, Routledge, London.
- Karl, Barry (1975): Presidential Planning and Social Science Research: Mr. Hoover's Experts, in: *Perspectives in American History*, Vol. 3, Charles Warren Center for Studies in American History, Cambridge MA.

- Kristol, Irving (1979): Where Have All the Answers Gone?, in: *National Forum*, No. 69, p. 7.
- Kristol, Irving (1978): *Two Cheers for Capitalism*, Basic Books, New York.
- Landers, Robert K. (1986): Think Tanks: The New Partisans?, in: *Editorial Research Reports*, June 20th, p. 471.
- Lanc, Robert E. (1966): The Decline of Politics and Ideology in a Knowledgeable Society, in: *American Sociological Review*, No. 31, pp. 662-683.
- Moynihan, Daniel P. (1965): The Professionalization of Reform, in: *The Public Interest*, No. 3, pp. 6-16.
- Peschek, Stephen (1987): *Policy-Planning Organizations*, Temple University Press, Philadelphia.
- Peterson, James C. (Ed.) (1984): *Citizen Participation in Science Policy*, University of Massachusetts Press, Amherst.
- Progressive Policy Institute (1990): *Mandate for Change*, Washington.
- Saloma, John S. (1984): *Ominous Politics: The New Conservative Labyrinth*, Hill and Wang, New York.
- Simon, William (1979): *A Time for Truth*, Readers Digest Books, New York.
- Smith, James A. (1989): Think Tanks and the Politics of Ideas, in: Colander, David; Coates, A. W. (Eds.), *The Spread of Economic Ideas*, Cambridge University Press, Cambridge.
- Smith, James A. (1990): *The Idea Brokers: Think Tanks and the Rise of the New Policy Elite*, Free Press, New York.
- Steinfels, Peter (1979): *The Neoconservatives*, Simon and Schuster, New York.
- Straussman, Jeffrey D. Jr. (1978): *The Limits of Technocratic Politics*, Transaction, New Brunswick.
- Wagner, Peter (1990): *Sozialwissenschaften und Staat*, Campus, Frankfurt/M.
- Waxman, Chaim I. (Ed.) (1968): *The End of Ideology Debate*, Funk and Wagnell, New York.
- White, Theodore H. (1967): The Action Intellectuals, in: *Life* June 9th, June 16th, June 23rd.
- Woolgar, S. (1988): *Science-the very Idea*, Tavistock, London.